

## Unruhe bei den Genossen

*Sigrid Averagesch und Jörg Michel*

BERLIN, 23. Februar. Der nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens (SPD) hat Vorwürfe zurückgewiesen, bei der Visa-Affäre hätten Schleuserbanden vor allem an Rhein und Ruhr agiert. "Es ist falsch, dass der Schwerpunkt der Visamissbrauchs durch Schein-Reisebüros in Nordrhein-Westfalen lag", sagte Behrens. "Die Union sollte korrekt zitieren", griff er den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion in NRW und Spitzenkandidat der Partei bei der Landtagswahl im Mai, Jürgen Rüttgers, an. Behrens verwies auf die Erkenntnisse des Bundeskriminalamts, die im so genannten Wostok-Bericht zusammengefasst sind. Darin hätten die Ermittler Berlin als regionale Schwerpunkt bezeichnet. In Berlin seien mit 90 Scheinreisebüros wesentlich mehr aufgelistet als mit 43 in NRW.

Die Union hatte zuvor die Angriffe gegen Rot-Grün auf die nordrhein-westfälische Landesregierung ausgeweitet. Das Land sei Hauptkampfplatz für den Visa-Missbrauch gewesen, so der Vorwurf. Und so wächst auch in der SPD die Nervosität über die Auswirkungen der Visa-Affäre. "Die Debatte trifft die SPD härter als die Grünen", sagte der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber (SPD) der Berliner Zeitung. Die Wählerschaft der SPD reagiere oftmals sensibler auf ausländer- und innenpolitische Themen. Er hätte sich gewünscht, dass die Grünen und speziell deren Chefin Claudia Roth schneller die Brisanz des Themas erkannt hätten: "Ich empfinde die Auftritte etwa von Frau Roth als nicht glücklich, weil sie nicht die allgemeine Öffentlichkeit, sondern hauptsächlich die grüne Klientel adressiert."

Die SPD hatte bisher die Visa-Affäre vor allem als ein Problem der Grünen eingeschätzt. Ein Umschwung brachte die Wahl in Schleswig-Holstein. Nach Einschätzung von Wahlforschern schadete die Affäre um illegale Schwarzarbeiter aus der Ukraine verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit bei der Wahl in Schleswig-Holstein vor allem der SPD.

Auch in der Bundestagsfraktion der SPD forderten nordrhein-westfälische Abgeordnete eine schnelle Vernehmung von Außenminister Joschka Fischer (Grüne) im Visa-Untersuchungsausschuss. Sie hoffen, dass mit einer zügigen Aussage das Thema im Wahlkampf nicht bedeutsam wird.

Ein Anliegen, das auch die Grünen in Nordrhein-Westfalen haben. Der Grünen-Abgeordnete Reinhard Loske riet seiner Partei, in der Diskussion stärker zwischen der Arbeit des Untersuchungsausschusses und der politischen Ebene zu unterscheiden. Während man im Ausschuss an bestimmte Regularien und Zeitabläufe gebunden sei, könne man im politischen Raum offensiver agieren. "Ich wünsche mir, dass die Grünen politisch offensiver mit der Visa-Debatte umgehen", so der Abgeordnete.

Gleichwohl zeichnet sich im Visa-Untersuchungsausschuss keine schnelle Ladung Fischers ab. Die Obleute von Rot-Grün, Olaf Scholz und Jerzy Montag, halten eine Vernehmung erst auf Grundlage des Akten für sinnvoll. Die Union will dennoch erneut die Vernehmung Fischers beantragen.

**Lesen Sie auch:**

- Die Allianz zog die Notbremse

---

<http://www.BerlinOnline.de/berliner-zeitung/politik/424813.html>

[www.BerlinOnline.de](http://www.BerlinOnline.de) © 2005 BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, 24.02.2005